

Der studierte Theologe Paul Rohrbach (1869–1956) war vor allem als politischer Publizist tätig. Von 1900 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 gehörte er zu den einflussreichsten Autoren auf dem Gebiet von Kolonial- und Außenpolitik des deutschen Kaiserreichs. Seine Spezialität war ein »ethischer Imperialismus«, was im Klartext hieß: Nationalismus, protestantisch gefärbter Kulturchauvinismus und Rassismus. 1912 hieß es bei ihm: »Neger, Kanaken und Chinesen zu nützlichen Menschen erziehen«.

Ab 1914 arbeitete Rohrbach in einer Dienststelle des Auswärtigen Amtes und befasste sich vor allem mit dem Kriegsgegner Russland. Jörg Kronauer schreibt in seinem Buch »Meinst Du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg«, Rohrbach habe dabei die Nationalbewegungen etwa im Baltikum, in der Ukraine und in Georgien in den Blick genommen und gefordert, »das Zarenreich müsse ›in seine innerlich nicht zusammengewachsenen historisch-geographischen Bestandteile zerlegt‹ und anschließend durch ›ein osteuropäisches Staatensystem‹ ersetzt werden«. Nur wenn Russland stark verkleinert werde, könnten Deutschland und die abendländische Kultur »Ruhe und Sicherheit vor Russland erhoffen«. Rohrbach fand dafür das Bild einer Orange: Wie diese »aus einzelnen leicht voneinander lösbaren Teilen« bestehe, »so das russische Reich aus seinen verschiedenen Gebietsteilen«. Das Konzept wurde rasch verwirklicht: Berlin wünschte sich »Pufferstaaten« wie Polen und Ukraine, also wurden ab April 1915 z. B. »Ukrainerlager« eingerichtet, in denen Kriegsgefangene nationalistisch präpariert wurden.

Nach der Lektüre von Kronauers Buch lässt sich das Resümee ziehen: Geändert hat sich seit Rohrbachs Zeiten wenig. Das Konzept zur Zerlegung Russlands wurde nach dem Untergang der Sowjetunion von NATO und EU zu einem großen Teil verwirklicht. Das reicht dem Westen allerdings nicht, der Appetit kam beim Essen. Das vierte und abschließende Kapitel seines Buches beginnt der Autor mit folgender Zusammenfassung: »Deutschland, seit 1990 gewaltig erstarkt, hatte Kurs auf eine neue Runde seiner Expansion nach Osten genommen und hielt um jeden Preis daran fest. Die Vereinigten Staaten waren trotz erster Rückschläge weiterhin bemüht, sich im unmittelbaren russischen Einflussgebiet festzusetzen.



Ein Langzeitprojekt zur Schwächung Moskaus: Der ukrainische Nationalismus (Regierungsgegner in Kiew, Februar 2014)

Die Russland-Zerleger

Jörg Kronauers Buch über Geschichte und Gegenwart deutscher und westlicher Russland-Politik. Von Arnold Schölzel

Russland wiederum, im Prozess der Konsolidierung begriffen, ließ keinerlei Neigung erkennen, sich von den westlichen Mächten immer weiter schwächen zu lassen. Den Funken an die Lunte gelegt haben schließlich Berlin und Washington, als sie im November 2013 alles auf eine Karte setzten, um die Ukraine durch einen Umsturz in Kiew aus ihrer bisherigen Mittelstellung zwischen Ost und West nun komplett auf ihre Seite zu ziehen.« Die daraus resultierende » Eskalation der Spannungen« nennt Kronauer »den neuen Kalten Krieg«.

Und der hat es ebenso in sich wie der alte. Im ersten Kapitel, in dem Kronauer Kontinuitäten deutscher Russland-Politik seit dem Ersten Weltkrieg herausarbeitet, insbesondere das Schwanken der deutschen Bourgeoisie zwischen Kooperation und Aggression, schreibt er, der (erste) Kalte Krieg sei »in der Bundesrepublik nie nur als Systemkampf, sondern stets auch als Kampf zur Zerschlagung des sowjetischen, zuvor rus-

sischen Staatsgebiets geführt worden«. Das sei nach dem Ende der DDR rasch geschehen, danach habe sich die deutsche Außenpolitik darauf konzentriert, die »Positionsgewinne der 1990er Jahre zu konsolidieren«. Sie förderte aber zugleich weitere Umsturzversuche, etwa in Belarus. Schwerpunkt der US-Politik (2. Kapitel) gegenüber Russland sei dagegen gewesen, dessen Schwäche gezielt zum Ausbau »US-amerikanischer bzw. transatlantischer Machtpositionen« zu nutzen. Leitend war dabei die Einschätzung des US-Sicherheitsexperten Zbigniew Brzezinski (1928–2017), nur ein Russland, das die Kontrolle über die Ukraine behalten hätte, habe eine Chance, wieder »Anführer eines durchsetzungsfähigen europäischen Imperiums« zu werden. Laut Kronauer verband Russland dagegen innere Konsolidierung und äußere Stabilisierung (3. Kapitel), etwa durch neue Allianzen mit China und anderen asiatischen Staaten. Der Autor entlarvt nebenbei eini-

ge Mythen der westlichen Propaganda über finstere Gurus, denen Wladimir Putin angeblich bei seiner »eurasischen« Politik folgt. Der neue, vom Westen angezettelte Kalte Krieg, der nach Rohrbachschem Muster mit »Sanktionen, Aufrüstung, Subversion« geführt wird, habe einen russischen »Gegenschlag« hervorgerufen. Das Eingreifen Moskaus in den syrischen Krieg sei dabei »der erste große Durchbruch« gewesen. Seine Bemühungen um eine »Partnerschaft« mit dem Westen habe es aufgegeben. Ein Ausweg, so Kronauer, könne gemeinsame Abrüstung sein, der Westen aber habe daran kein Interesse.

■ Jörg Kronauer: Meinst Du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg, Papyrossa Verlag, Köln 2018, 207 Seiten, 14,90 Euro.

■ Der Autor stellt sein Buch am Mittwoch, dem 9. Mai, um 19 Uhr in der jW-Ladengalerie vor (Torstr. 6, Berlin)

Neu erschienen Rotfuchs

Das aktuelle Heft macht mit Beiträgen zur Vergangenheit und Gegenwart der Friedenspolitik auf. Arnold Schölzel spannt den Bogen zu Marx, der 1859 auf die »raffinierte Perfidie« der Vorbereitung und Auslösung von Kriegen hingewiesen hat. Anton Latzo, dessen Rede beim diesjährigen Potsdamer Ostermarsch dokumentiert wird, schreibt in der Beilage ausführlich über Marxens Haltung zur Frage von Krieg und Frieden. An die Schweizer Friedensbewegung in der ersten Hochphase des Kalten Krieges erinnert Louise Stebler-Keller. Horst Neumann betont die Aktualität von Marx. Herbert Meißner hat sich die Kapitalismuskritik von Jean Ziegler und Noam Chomsky näher angesehen. Deren Analyse treffe häufig ins Schwarze, führe aber letztlich in eine Sackgasse, da beide Autoren versuchen, an Marx »vorbeizukommen«. Horst Schneider erinnert an die Verfassung der DDR von 1968: »Die Deutschen haben heute keine von den Bürgern bestätigte demokratische Verfassung. Die Rechte, die in der DDR-Verfassung von 1968 garantiert waren, sind abgeschafft.« In der Beilage zeichnet Eike Kopf kenntnisreich die Entstehung des Kommunistischen Manifests nach. (jW)

■ Rotfuchs, Jg. 21/Nr. 244, 36 Seiten (dazu Beilage mit 16 Seiten), kostenlos (Spende erbeten), Bezug: Konstantin Brandt, Glangstr. 6, 12437 Berlin, Tel.: 0 30/53 0276 64, E-Mail: vertrieb@rotfuchs.net

SoZ

Das Kölner Monatsblatt setzt einen Schwerpunkt beim Mai 1968. Die Verhältnisse in Italien, Polen und im Senegal werden betrachtet. In Frankreich, so die Historikerin Ludivine Bantigny im Gespräch, haben die Aktionen von Arbeitern und Gewerkschaften »68« erst Bedeutung verliehen. Manuel Kellner kritisiert den »zu lauen« Maiaufwurf des DGB. Bernhard Schmid analysiert die aktuelle Streik- und Protestbewegung in Frankreich. Er hebt die bislang wenig beachteten, offenbar koordinierten Übergriffe von neofaschistischen Schlägern auf protestierende Studenten hervor. Die miese Lage der Lkw-Fahrer in Europa beschreibt Manfred Dietenberger. Inge Höger, ehemalige Bundestagsabgeordnete von Die Linke, meint im Interview, dass ihre Partei in Ostdeutschland inzwischen als Teil des Establishments wahrgenommen wird und deshalb Stimmen verliert: »In Westdeutschland ist die Entwicklung genau entgegengesetzt.« (jW)

■ SoZ – Sozialistische Zeitung, Jg. 33/Nr. 5, 24 Seiten, 3,50 Euro, Bezug: SoZ-Verlag, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln, Tel.: 0221/9231196, E-Mail: redaktion@soz-verlag.de

BRD-Gericht: »Maßnahmen vertretbar«

Bernhard Sauer hat Mordaktion der Nazis von 1934 und deren Aufarbeitung untersucht

Ende Juni/Anfang Juli 1934 ließ die Führungsriege der Nazi-partei mehr als 100 Menschen umbringen. Darunter waren SA-Führer wie Karl Ernst und Edmund Heines, die in der Anfangsphase des Regimes mit äußerster Brutalität gegen Antifaschisten vorgegangen waren. Die bis zum Sommer 1934 auf weit über vier Millionen Mitglieder angewachsene SA war in diesen Monaten zu einem Machtfaktor mit Eigengewicht geworden. Ihre Führer verlangten nun, im Staatsapparat deutlich stärker zum Zuge zu kommen als bislang. Zudem waren viele SA-Mitglieder von der »nationalen Revolution« enttäuscht und äußerten ihren Unmut immer offener. Hitler sah in diesen Bestrebungen eine tödliche Gefahr für das Bündnis von Faschisten und Konservativen, das ihn in die Reichskanzlei gebracht hatte. Am 30. Juni 1934 ließ er, nachdrücklich ermuntert von der Reichswehr-Generalität, die SS auf die SA los.

Im Zuge dieser Aktion wurden auch mehrere Angehörige des konservativen Establishments beseitigt, die allzu deutlich der Ansicht Ausdruck verliehen hatten, dass die NSDAP ihre Aufgabe erfüllt und auf lange Sicht allenfalls die Rolle eines Juniorpartners zu spielen habe. Dazu gehörte auch Erich Klausener, der von 1926 bis 1933 die Polizeibehörde des preußischen Innenministeriums geleitet hatte und dann als Abteilungsleiter ins Reichsverkehrsministerium versetzt wurde. Klausener, der sich im Berliner Raum auch als Funktionär katholischer Organisationen betätigte, wurde am 30. Juni erschossen in seinem Amtszimmer aufgefunden. Der Historiker Bernhard Sauer hat die Umstände von Klauseners Ermordung nun genauer untersucht und hierfür vor allem die Akten der beiden Prozesse ausgewertet, die 1951 und (nach der Aufhebung des ersten Urteils durch den Bundesgerichts-

hof) 1953 in Westberlin gegen den Täter Kurt Gildisch geführt wurden.

Sauer betont, dass viele Details des »Röhm-Putsches« – Entscheidungsprozesse, Tatabläufe, Täter – »bis heute nicht aufgeklärt« sind. Er rekonstruiert nicht nur die auf direkten Befehl Reinhard Heydrichs erfolgte Ermordung Klauseners, sondern auch den Lebenslauf und die Mentalität des Täters Gildisch, zum Tatzeitpunkt Angehöriger von Hitlers »Begleitkommando« im Rang eines SS-Hauptsturmführers. 1953 war Gildisch zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er starb 1956, allem Anschein nach kurz vor einer Begnadigung durch den Westberliner Justizsenator Valentin Kielinger. Die Vertretung Gildischs in beiden Verfahren hatte der damals bekannte Strafverteidiger Paul Ronge übernommen, der auch für die FDP im Westberliner Abgeordnetenhaus saß. Er versuchte nicht etwa, den Angeklagten zu entschuldigen, sondern

konzentrierte sich vor allem darauf, die »Legitimität« der Morde von 1934 herauszuarbeiten. Das »Stehen auf der Seite Hitler-Himmler-Heydrich gegen Röhm-Ernst« sei, so Ronge, »objektiv eine Unterstützung rechtsstaatlicher Bestrebungen« gewesen. Sauer zitiert in diesem Zusammenhang auch aus einem Urteil des Münchner Landgerichts von 1957. Hier war Josef Dietrich angeklagt, einer der zentralen Akteure der Mordaktion von 1934. Das Gericht fand die »Maßnahmen Hitlers« gegen die »hinreichend verdächtigen« SA-Führer bis zu einem gewissen Punkt »vertretbar und verständlich«. Das schmale Buch Sauers wirft so auch ein Schlaglicht auf das politische und intellektuelle Klima im ersten Jahrzehnt der BRD. (jW)

■ Bernhard Sauer: In Heydrichs Auftrag: Kurt Gildisch und der Mord an Erich Klausener während des »Röhm-Putsches«. Metropol, Berlin 2017, 154 Seiten, 16 Euro